

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tagesblatt Riesa,
Herausg. Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 22
Riesa 1400.
Verleger:
Riesa Nr. 22.

Nr. 265.

Donnerstag, 13. November 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Besondere Rabatte erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schlußfrist für die Abgabe der Druckaufträge: 14 Tage vor dem Druckbeginn. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Eine Lebensfrage unseres Volkes.

Als wir die erschütternden Inflationsjahre hinter uns hatten und im Frühjahr 1924 wieder festen Boden unter die Füße bekamen, bemühte sich der damalige Reichskanzler Dr. Luther nachhaltig um eine Senkung des Preisniveaus. Die damalige Preisentwertung war aber nur eine Sonderfrage, denn die Hauptfrage jener Tage war die Stabilisierung der deutschen Währung, ihr Bestand und ihre Dauer. Die Verhältnisse liegen heute ähnlich. Wiederum steht ein Finanzproblem im Vordergrund. Heute freilich nicht die Stabilisierung der Reichsmark, wohl aber die Finanzierung unserer gesamten Finanzwirtschaft im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese Sanierung läßt sich aber nicht durchführen, ohne daß das gesamte deutsche Volk Opfer bringt. In diesen Opfern gehört auch der Preisabbau, der auf der ganzen Linie verlangt wird und unsere gesamte Industrie, den Handel und das Gewerbe unmittelbar berührt.

Es will uns scheinen, daß der Opfergedanke und die Notwendigkeit, doch wir alle, aber auch alle ohne Ausnahme Opfer bringen müssen, noch nicht alle Volksteile, Gesellschaftsgruppen und Berufe erfaßt hat. Deshalb soll hier an erster Stelle an das gute Beispiel erinnert werden, das Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler Dr. Brüning und das gesamte Reichskabinett mit dem Verzicht auf 20 Prozent ihrer statuierten Gehälter gegeben haben. Die Volkvertreter im Reichstag, im Preussenparlament und in den Länderparlamenten folgten mit einem Verzicht auf 20 Prozent ihrer Diäten nach. Alle Beamten des Reichs, der Länder und der Gemeinden sehen vor einem Gehaltsabbau. Hunderttausende Privatangehörige haben sich bereits zu ihrem großen Leidwesen erlegt. Der Abbau der Löhne ist beschlossene Sache. Beamte, Angestellte und Arbeiter bringen Opfer und sind im Begriff, sich in das Untermerkwürdige zu fügen.

Die übrigen Stände dürften nicht zurückbleiben. Auch der Mittelstand nicht! Es ist uns wohl bekannt, welche ungeheure Aufregung die Preisentwertungsaktion der Reichsregierung in den letzten Wochen und Tagen gerade in Mittelstandskreisen auslöste. Nun ist die wirtschaftliche Lage des deutschen Mittelstandes keineswegs einseitig Natur. Sie ist anders gelagert in einer Eisenhandlung, in einem Konfektionsgeschäft, in einer Bäckerei und in einem Fleischerladen. Der deutsche Mittelstand hat in der Kriegszeit und in den Inflationsjahren gelernt. Er befürchtet jetzt Substanzverluste. Seine Befürchtungen sind nicht unbegründet, falls es der Reichsregierung nicht gelingt, durch einen Druck auf die Kartelle, Syndikate und Ringe dafür zu sorgen, daß er die gleichen Warenmengen wieder herinbekommt und zwar mit dem Betrag, den er jetzt für den Verkauf dieser Mengen zu herabgesetzten Preisen von seinen Kunden erhält, selbstverständlich unter Berücksichtigung üblicher und vernünftiger Geschäftsumfängen.

Zur Beruhigung der aufgeregten Gemüter kann mitgeteilt werden, daß die Reichsregierung entschlossen ist, dafür Sorge zu tragen, daß diese berechtigten Forderungen des Mittelstandes erfüllt wird. Auf der anderen Seite geht es nicht an, wie jetzt die Berliner Bäder und Fleischer taten, ihre Opfer als Vorleistungen auszugeben und auch das nur unter der Voraussetzung, daß die sozialen Kosten und Löhne, die Steuern und Wertstoffe sofort gesenkt werden. Die so mittelstandsfreundliche „Kreuzzeitung“ fragt angesichts dieser Tatsache: „Wo bleibt da das Opfer, das doch durch Gehalts- und Lohnkürzung dem Beamten, dem Angestellten, dem Arbeiter recht spürbar aufgelegt wird?“ In diesem Zusammenhange muß nachdrücklich auf die Gefahr hingewiesen werden, die für den Lebensmittel-Handel sehr ernst am Horizonte heraufzusteigen ist, daß er nämlich vollständig ausgeschaltet wird, wenn die Anforderungen beachtlicher Wirtschaftskreise Erfolg haben, die auf die Ausschaltung des gesamten Zwischenhandels und die unmittelbare Zusammenführung von Erzeugern und Verbrauchern hinführen.

Wir stehen mitten in einer Strukturkrise unserer Volkswirtschaft. Ferdinand Fried glaubt, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise unsere Volkswirtschaft vor die Alternative stellen, entweder zum kapitalistischen Prinzip zurückzukehren, was so viel bedeutet als alle Kartelle und Trusts zu zerlegen und eine sofortige rückwärtslose Herabsetzung aller Preise durchzuführen oder aber das gegenwärtige Zwittersystem in ein planwirtschaftliches System hinüberzuführen, in dem die Steuerung der Wirtschaft nicht mehr den Zufällen des Marktes überlassen bleibt und wo die Rentabilität der Unternehmungen nicht mehr das entscheidende Kriterium der Wirtschaftsführung abgibt. Eine schlimme Alternative! Wer mag beraten ist, denkt über sie in diesen Tagen gründlich nach. Die Reichsregierung erfüllt in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bewußt oder unbewußt eine historische Mission. Sie hat jetzt einen Ausbruch eingeleitet, der die Preisentwertung besonders intensiv betreiben soll. Schon hört man, daß scharfe Maßnahmen gegen die Kartelle in Vorbereitung sind. Wer weiß, daß der geistige Vater der Kartellverordnung vom 26. Juli unser energischer Reichsfinanzminister Dietrich ist, kann nicht einem Augenblick im Zweifel sein, daß die Reichsregierung entschlossen ist, durch diesen Ausbruch durchgreifende Maßnahmen zu treffen. Borecht freilich wurde der Weg freier Vereinbarung beschritten. Die ersten Ergebnisse dieser Methode sind sehr bescheiden, um nicht füglich zu sagen. Sie erwecken geradezu den Eindruck, daß die ganze Aktion in Groß-Berlin unter dem Gesichtspunkt durchgeführt

Der Kampf um die Preise.

Preisabbau für Kartoffeln.

(Berlin. Die in den letzten Tagen im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit dem Kartoffel-Groß- und Kleinhandel unter Mitwirkung der Erzeuger- und Verbraucherorganisationen, insbesondere der Hausfrauenvereine, über die Senkung der Kartoffelpreise geführten Verhandlungen haben ergeben, daß auch der Kartoffelhandel bereit ist, der allgemeinen Wirtschaftslage Rechnung tragend, einen Abbau der Preise vorzunehmen.

Der Kartoffel-Kleinhandel wird in Berlin im allgemeinen für Speisekartoffeln bei Abgabe von 10 Pfund folgende Preise berechnen: für weiße Kartoffeln 28 Pfg. für rote und blaue Kartoffeln 25 Pfg. für gelbe Kartoffeln 20 Pfg. Bei zentnerweiser Abgabe wird ein entsprechender Abschlag gewährt. Bei Bemessung dieser Preise ist von einem durchschnittlichen Erzeugerpreis für Kartoffeln ab marktlicher Station von 1,40 bis 1,50 Mark für den Zentner ausgegangen worden. Die durchschnittliche Gesamtbruttohandelsspanne ist bei zehnpfundweisem Verkauf durch den Kleinhandel gegenüber der im Oktober dieses Jahres errechneten Gesamtspanne um 60 Pfg. für den Zentner ermäßigt worden.

Die Konsumgenossenschaften und die Warenhäuser haben ihre Preise für Kartoffeln ebenfalls ermäßigt. Die obengenannten Preise sind Tagespreise und hängen ab von den Anfuhrer-, Erzeugerpreisen und der Entwicklung der klimatischen Verhältnisse.

Preisentwertung für Obst- und Gemüse.

(Berlin. In Fortführung der von der Reichsregierung eingeleiteten Preisentwertungsaktion fand am 12. November 1930 im Reichsernährungsministerium unter dem Vorsitz von Min. Direktor Strell eine Besprechung über die Preisbildung für Obst und Gemüse statt, an der u. a. auch Vertreterinnen der Hausfrauen teilnahmen. Die Verbände des Handels, der Waren- und Kaufhäuser, sowie die Konsumvereine haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, keine Opfer zu scheuen, um die Preise auch für Obst und Gemüse zu senken, um damit der allgemeinen Notlage zu steuern und zu einer nachhaltigen Besserung unserer allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse zu gelangen.

Die Verbände haben sich entschlossen, unverzüglich auf ihre Unterverbände und Mitglieder einzuwirken, daß diese unter Berücksichtigung der Einkaufspreise und der auf den Waren ruhenden Kosten sowohl im Groß- wie im Kleinhandel schärfstens kalkulieren, um die Handelsspanne beträchtlich zu senken.

Da die Handelsspannen bei den zahlreichen verschiedenartigen Erzeugnissen nicht einheitlich beurteilt werden können, haben sich die Verbände freiwillig bereit erklärt, im Zusammenwirken mit der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen und unter Hinzuziehung der städt. Markthallen-Direktion, des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbauers und einer Vertretung der Hausfrauen die Preisbildung und -bewegung für die derzeit wichtigsten Gemüse- und Obstsorten einer fortlaufenden ge-

nauen Prüfung zu unterziehen und deren Ergebnisse der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Die Arbeiten sind bereits in Angriff genommen.

Es ist zu erwarten, daß auch auf diesem Gebiete die Senkung der Preise, die nach Festsetzung der Verbände von ihnen schon vor etwa 14 Tagen freiwillig eingeleitet ist einen weiteren Fortgang nehmen wird.

Rundschreiben des Präsidenten des Deutschen Städtetages für den Preisabbau.

(Berlin. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Walert, hat im Zusammenhang mit dem vom Vorstand des Städtetages kürzlich bekannt gegebenen Richtlinien über die Voraussetzungen für den Gehalts- und Lohnabbau, sowie eine Lebensmittelerbilligung am Mittwoch durch ein an die Oberbürgermeister gerichtetes Rundschreiben an gunsten der Preisentwertungsaktion neue Schritte eingeleitet. Die Zusammenarbeit der deutschen Städte für den Preisabbau soll durch eine planmäßige kritische Behandlung der Preisfrage, Vereinfachung der Kontroll- und Veröffentlichungsmassnahmen beschleunigt erreicht werden. In dem Rundschreiben wird nachdrücklich betont, daß ohne eine tatsächliche ausgiebige Preisentwertung der Lebensmittel, sowie sonstiger Dinge des täglichen Bedarfs keine umfassendere allgemeine Entlastungsaktion durchgeführt werden kann.

Preisentwertung in der Elektroindustrie ab 15. November 1930.

Die Preisstelle des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie hat gestern folgenden Beschluß gefaßt:

Die elektrotechnische Industrie hat in Verfolg ihrer Antündigung vom 13. Oktober beschlossen, schon mit Wirkung vom 15. November 1930 ab die Listenpreise für Maschinen, Motoren, Transformatoren, Zähler, Apparate, Installationsmaterial und Haushaltgeräte um fünf Prozent zu senken.

Dieser Beschluß setzt baldige Senkung der Preise der Zulieferanten voraus und ist erfolgt, obwohl der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie erst am 19. Januar nächsten Jahres in vollem Ausmaße in Kraft tritt. Die außerhalb Berlins liegenden Betriebe der elektrotechnischen Industrie haben sich dieser Preisentwertung angeschlossen, in der Erwartung, daß auch bei ihnen eine Lohnentwertung erfolgen wird. Die elektrotechnische Industrie ist hiermit bemüht auf dem Wege des Preisabbaues weiterzukommen, den die schlechte Konjunktur bereits in starkem Ausmaße erzwungen hat, ohne vorläufig mit einer wesentlichen Verminderung ihrer Selbstkosten rechnen zu können. Es wird erwartet, daß dieser Schritt zu einer Erleichterung der Wirtschaftslage beitragen wird.

wurde — um den Anschein zu erwecken, etwas getan zu haben! So ist die Preisabbau-Aktion wahrhaftig nicht gemeint. Es ist kein Spielfeld, auf dem sich die Interessenten austoben dürfen, keine Kampfarena für freisinnige Symbioten, sondern gleichsam ein Altar des Vaterlandes, auf dem in diesem harten Winter alle Opfer zu bringen haben.

Schiedsspruch im Ruhrbergbau.

(Essen. Im Arbeitszeitstreit im Ruhrbergbau sollte die Schlichterkammer unter dem Vorsitz von Regierungsrat Professor Braden am Mittwochabend einen Schiedsspruch durch den das bisherige Arbeitszeitabkommen unverändert bis zum 30. September 1931 wieder in Kraft gesetzt wird. Das Abkommen ist erstmalig am 1. August 1921 zum 30. September 1921 kündbar. Ueber die Schlichtung auf den Zeichen, insbesondere über die Durchführung der 74-Stundenfrist auf diesen Zeichen werden besondere Schlichtungsverhandlungen in einiger Zeit stattfinden. Die Erklärungsfrist zum Schiedsspruch läuft bis zum 17. November. Die Nachverhandlungen wegen der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs werden voraussichtlich in der letzten Novemberwoche in Berlin stattfinden.

Die Gewerkschaften, sowohl die freien als auch die christlichen, werden, wie die Telegraphen-Union erfährt, den Schiedsspruch ablehnen. An der Annahme des Schiedsspruchs durch den Besenverband dürfte kaum zu zweifeln sein.

Gehaltskürzung erst am 1. April.

(Berlin. Die Vereinigten Reichsratsausschüsse traten bekanntlich am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dietrich in die zweite Beratung der

Deckungsunterlagen ein. Die Vorlage auf Kürzung der Beamtengehälter wurde, wie bereits gestern mitgeteilt, in zweiter Beratung angenommen, ohne daß Anträge auf Vorverlegung des Gehaltskürzungstermins gestellt worden wären. Es bleibt also dabei, daß die Gehaltskürzung der Beamtengehälter erst am 1. April in Kraft tritt. Eine Änderung wurde nur hinsichtlich der Behördenangehörigen beschlossen. Die Gehaltskürzung für die Angestellten soll danach nicht der freien tariflichen Vereinbarung überlassen werden, sondern es ist eine Sollvorschrift in die Vorlage aufgenommen worden, wonach grundsätzlich alle Angehörigengehälter in demselben Maße gesenkt werden sollen, wie die Beamtengehälter.

Die Reichsratsausschüsse beschäftigten sich dann in kundenlangen Beratungen, die bis zum späten Abend dauerten, mit dem Gesetz zur Einschränkung des Personalaufwands bei Reich, Ländern und Gemeinden. Wesentliche Änderungen wurden jedoch auch bei dieser Vorlage nicht vorgenommen.

Wohlfahrtserwerbslosennot der Städte.

(Berlin. Die der Deutsche Städtetag mitteilt, hat die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den Städten mit mehr als 25 000 Einzelnern (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen Einwohnern) eine halbe Million überstiegen. Am 31. Oktober wurden von diesen Städten 519 000 Wohlfahrtserwerbslose laufend betreut, davon 55 400 als Fürsorgearbeiter. Mit dem Stand vom 30. Sept. verallgemeinert (478 000) bedeutet dies eine größere Belastung der öffentlichen Fürsorge in diesen Städten um 8,5 v. H. Darüber hinaus erhielten am 31. Okt. 55 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung.